
Auftragsbedingungen

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg wird nicht geschuldet.
- (2) Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Berufsausübung ausgeführt.
- (3) Der Auftragnehmer wird die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zugrunde legen. Er wird den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinweisen.
- (4) Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der übergebenen Unterlagen und Zahlen, gehört nur zum Auftrag, wenn dies schriftlich vereinbart ist.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht im gleichen Umfang auch für die Mitarbeiter des Auftragnehmers.
- (3) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (4) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 383 ZPO bleiben unberührt.
- (5) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.
- (6) Der Auftragnehmer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers durch Dritte zu bearbeiten.

3. Mitwirkung Dritter

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie datenverarbeitende Unternehmen heranzuziehen.
- (2) Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und datenverarbeitenden Unternehmen hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit, entsprechend Nr. 2 Abs. 1, verpflichten.

4. Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dieser Anspruch muss unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Dem Auftragnehmer ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Ansprüche auf Mängelbeseitigung verjähren mit Ablauf von sechs Monaten, nachdem der Auftragnehmer die Leistung erbracht hat.
- (2) Beseitigt der Auftragnehmer die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers die Mängel durch einen anderen Auftragnehmer beseitigen lassen bzw. nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten (z. B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Auftragnehmer jederzeit auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Auftragnehmer Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Auftragnehmers den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

5. Pflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsmäßigen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Auftragnehmer unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Auftragnehmer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt. Im Falle unautorisierter Weitergabe ist jegliche Haftung Dritten gegenüber ausgeschlossen.

6. Unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

- (1) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 6 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, oder kommt er mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Auftragnehmer berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Nach erfolglosem Ablauf der Frist darf der Auftragnehmer den Vertrag fristlos kündigen (vgl. Nr. 9 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Auftragnehmer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

7. Bemessung der Vergütung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagenersatz) des Auftragnehmers für seine Tätigkeit bemisst sich nach der Vereinbarung des Auftragnehmers.
- (2) Der Auftragnehmer kann die Herausgabe seiner Arbeitsergebnisse verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Zurückbehaltung nach den Umständen, beispielsweise wegen unverhältnismäßiger Nachteile oder wegen verhältnismäßiger Geringfügigkeit der geschuldeten Beträge, gegen Treu und Glauben verstoßen würde. Bis zur Beseitigung vom Auftraggeber rechtzeitig geltend gemachter Mängel, ist der Auftraggeber zur Zurückbehaltung eines angemessenen Teils der Vergütung berechtigt.
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

8. Beendigung des Vertrages

- (1) Der Vertrag endet durch Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit, oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod des Auftraggebers, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft (als Auftraggeber) durch deren Auflösung.
- (2) Ein auf unbestimmte Zeit abgeschlossener Vertrag kann von jedem Vertragspartner mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines jeden Kalenderjahres gekündigt werden, soweit nichts anderes vereinbart wird. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen.
- (3) Jeder Vertragspartner ist berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen, wenn Tatsachen vorliegen, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des Vertrags bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Vertrags nicht zugemutet werden kann. Die Kündigung ist schriftlich unter Angabe von Gründen innerhalb von zwei Wochen zu erklären (§§ 626, 649 BGB).
- (4) Bei Kündigung des Vertrags durch den Auftragnehmer sind zur Vermeidung von Rechtsverlusten des Auftraggebers in jedem Fall noch diejenigen Handlungen vorzunehmen, die zumutbar sind und keinen Aufschub dulden. Auch für diese Handlungen haftet der Auftragnehmer nach Nr. 5.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat, und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.

9. Anzuwendendes Recht und Erfüllungsort

- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Krefeld.

10. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit

- (1) Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahekommt.

11. Datenschutzhinweise

Regelungen siehe [Anlage 1](#)

12. Kommunikationserklärung

Ergänzend zu Ziffer 11 willige ich / willigen wir als Auftraggeber ausdrücklich ein, dass der Auftragnehmer mich / uns – auch über den Umfang der von mir/uns beauftragten Dienstleistungen hinaus – über allgemeine wirtschaftliche und finanzwirtschaftliche und wissenschaftliche Themen, sowie zu betrieblicher und privater Altersversorgung und Zeitwertkonten informieren darf. Hierzu zählen zum Beispiel rechtliche und inhaltliche Änderungen zu bestehenden Verträgen, insbesondere deren Anpassung, Aus- /Erweiterung und/oder Ergänzung und zwar zusätzlich zum üblichen Briefverkehr per E-Mail, per Telefon, per Fax

13. Änderungen und Ergänzungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieser Auftragsbedingungen bedürfen der Schriftform.

Anlage 1

Datenschutzhinweise

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung und wer ist mein Ansprechpartner?

Albert A. Gellrich (Geschäftsführer)

QX Capital GmbH

Campus Fichtenhain 67

47807 Krefeld

T +49(0)2151.53.773.0

F +49(0)2151.53.773.29

E info@qx-capital.de

Verantwortliche Person

Albert A. Gellrich (Geschäftsführer)

2. Welche Daten erheben und verarbeiten wir und aus welchen Quellen erhalten wir diese?

Wir erheben und verarbeiten ausschließlich Daten, welche für unsere Dienstleistung[en] relevant sind. Dabei sind in der Regel folgende personenbezogene Daten betroffen: Personalien [z.B. Vorname, Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Rassistische und ethnische Herkunft, Familienstand, etc.], Legitimationspapiere – in Kopie [z.B. Personalausweis, Reisepass, sonstige Legitimationspapiere, etc.], Kontaktdaten [z.B. Anschrift, Telefonnummer, Mobilfunknummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse Bankverbindung, etc.], Berufliche Daten [z.B. Ausbildungsberuf, Arbeitgeber, Position, Tätigkeitsbeschreibung, Dienst Eintrittsdatum, Dienstaustrittsdatum, Status, Aktuelle Lohn- und Gehaltsabrechnungen inkl. aller Daten, Personalnummer, Krankenversicherung, Sozialversicherungsnummern und sonstige Daten der Sozialversicherungsträger, Gewerkschaftszugehörigkeit, Daten zu Versorgungsausgleichsverfahren, etc.], Politische Daten [z.B. Politische Meinung[en], Politischer Status – Politisch exponierte Person, etc.] Religiöse Daten [z.B. religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen, Religionszugehörigkeit, etc.], Gesundheitsdaten [jedweder Art], Vertragsdaten [aus Verträgen aller Art], soweit diese für die Auftragserfüllung erforderlich sind.

Dabei sind in der Regel auch personenbezogene Daten juristischer Personen betroffen: Firmendaten [z.B. Name, Anschriften, Kommunikationsdaten, Ansprechpartner, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Bilanzen, Bilanzkennzahlen, G+V Daten, Steuerdaten, Betriebsprüfungsberichte, etc.]

Diese Daten erhalten wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung und deren Anbahnung von Ihnen. Zudem können wir – sofern im Rahmen der Auftragserfüllung erforderlich – Daten verarbeiten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Schuldnerverzeichnisse, Handels- und Vereinsregister, Grundbücher, o.ä.) zulässigerweise erhalten haben.

3. Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre Daten?

Wir verarbeiten Ihre Daten entsprechend den Vorgaben der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt unter anderem aufgrund der von Ihnen erteilten Einwilligung. Umfang und Zweck der diesbezüglichen Datenverarbeitung ergibt sich aus der Einwilligungserklärung. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 lit. a EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Weiterhin erfolgt die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten zur Begründung eigener vertraglicher Verhältnisse zwischen Ihnen und uns. Wir benötigen die entsprechenden Daten ebenfalls zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen im Rahmen der Vermittlung von Verträgen zwischen Ihnen und dem jeweiligen Produktgeber. Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt ebenfalls, um Sie bei der Schadensabwicklung betreuen zu können sowie zur Änderung und/oder Beendigung bestehender Verträge. Als Rechtsgrundlage hierfür dient Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen, insbesondere gesetzlichen Verpflichtung erforderlich ist, der unser Unternehmen unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage. Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage. Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses unseres Unternehmens oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung (z.B. Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten, Anspruchsdurchsetzung etc.).

4. Wer erhält Zugriff auf Ihre Daten?

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Mitarbeiter Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und/oder gesetzlichen Pflichten benötigen, also mit der vertraglichen Abwicklung betraut sind. In diesem Zusammenhang können das auch von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen sein. Soweit wir Ihre Daten an Empfänger außerhalb unseres Unternehmens weitergeben, erfolgt dies ausschließlich zur Erfüllung unserer Vertragspflichten im Rahmen unseres Geschäftszweckes, aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder Ihrer ausdrücklich erteilten Einwilligung. Zur Erfüllung unserer Vertragspflichten arbeiten wir u.a. mit folgenden Stellen zusammen: Technische Dienstleister, das institut für vermögensmanagement & altersversorgung gmbh [Anschlussstelle zu Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Pensionskassen, Unterstützungskassen, Vermögensverwaltern, Fondsgesellschaften, Investment- und Kapitalanlagegesellschaften], PP-Asset Management GmbH, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, das institut für wertkonten & versorgung verwaltungs & treuhandgesellschaft mbh, Rechtsnachfolger, sonstige nachfolgende Stellen [vom Auftraggeber benannt – **bitte eintragen**]:

[z.B. – Kooperationspartner]

[z.B. – Steuerberater]

[z.B. – Wirtschaftsprüfer oder Rechtsanwalt]

5. Über welchen Zeitraum werden Ihre Daten gespeichert?

Die Verarbeitung und Speicherung Ihrer Daten erfolgt grundsätzlich nur solange, wie dies für die Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten erforderlich ist. Soweit gesetzlich Vorgaben bestehen, wie z.B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten oder eine Aufbewahrung im berechtigten Interesse liegt, z.B. zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften, kann eine darüber hinaus gehende Verarbeitung erforderlich sein.

6. Welche Datenschutzrechte stehen Ihnen zu?

Jeder betroffenen Person steht ein Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO), das Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), das Recht auf eine eingeschränkte Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), ein Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO), ein Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO) sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO) zu. Erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung, können Sie diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die bis zum Zeitpunkt des Widerrufs erfolgte Datenverarbeitung bleibt rechtmäßig. Des Weiteren steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu.

7. Bin ich verpflichtet, meine Daten bereitzustellen?

Für die Aufnahme der Geschäftsbeziehung sowie die Durchführung und Erfüllung der vertraglichen Pflichten ist es erforderlich, dass Sie uns die dafür notwendigen personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen. Ferner kann die Verpflichtung zur Datenerhebung gesetzlich vorgeschrieben sein. Stellen Sie diese Daten nicht zur Verfügung ist ein Vertragsschluss oder die Durchführung desselben nicht möglich.

8. Widerspruchsrecht

Hinweis zum Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

1. Widerspruch im Einzelfall

Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben können, haben Sie das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten aufgrund von Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO (Datenverarbeitung im öff. Interesse) und Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO (Datenverarbeitung aufgrund berechtigter Interessen) Widerspruch einzulegen.

Ist Widerspruch eingelegt worden, erfolgt eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn es liegen nachweislich zwingende Gründe vor, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen. Eine weitere Verarbeitung ist auch dann möglich, wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

2. Widerspruch gegen Kommunikation

Gegen eine Verwendung und Verarbeitung personen- und/ oder unternehmensbezogener Daten (sh. Ziff. 12 der Auftragsbedingungen) haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch einzulegen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und ist zu richten an:

[Albert A. Gellrich \(Geschäftsführer\)](#)

QX Capital GmbH

Campus Fichtenhain 67

47807 Krefeld

T +49 (0) 2151.53.773.0

F +49 (0) 2151.53.773.29

E info@qx-capital.de

Verantwortliche Person

Albert A. Gellrich (Geschäftsführer)

Ich/ Wir haben die [Datenschutzhinweise](#) und das [Widerspruchsrecht](#) zur Kenntnis genommen und verstanden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt davon unberührt. Die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Sperrung der personenbezogenen Daten können jederzeit gegenüber dem Auftragnehmer sowie den zuvor genannten Stellen geltend gemacht werden.

Ort, Datum

Unterschrift [des Betroffenen]

Ort, Datum

Unterschrift [des Auftraggebers]